

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Herrn Dr. h. c. h. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Herrn Dr. h. c. h. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Herrn Dr. h. c. h. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Herrn Dr. h. c. h. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.

Preis: Durch unsere Daten sind im Jahr monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.50 Mark. Bei der Post beträgt monatlich 1.80 Mark. Erscheinung täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanfertiger und Ausgebekker, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 122.

Sonabend, den 28. Mai 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die Erklärung der Reichsregierung über ihr Programm wird am 1. Juni erfolgen. Wirtschaft- und Finanzfragen werden den breiten Raum in dem Regierungsprogramm einnehmen. Zweck Erfüllung des Ultimatums wird die Eröffnung neuer großer Einnahmequellen notwendig sein.

Der bayerische Ministerrat wird sich voraussichtlich heute nochmals mit der Entwaffnungsfrage befassen. Die maßgebenden Stellen sind durchaus einig über die zu ergreifenden Maßnahmen.

Korfanth soll mitgeteilt haben, daß er die Waffen niederlegt und die Amtsgewalt der internationalen Kommission anerkennt.

Neuter erzählt, daß zwischen den Regierungen von Paris, London und Rom der Meinungs-austausch über die Regelung der oberschlesischen Frage noch anhält.

Die Demission des Fürsten Sapieha ist angenommen worden und der Staatssekretär Jan Tombski ist einstweilen mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums des Auswärtigen beauftragt worden.

## Der Maßstab für unsere Wirtschaftskraft.

W. W. Schon gegen das Pariser Protokoll vom 29. Januar, das bekanntlich eine 10prozentige Ausfuhrabgabe vorsah, wurde mit Recht eingewandt, daß die Menge des deutschen Exportes kein richtiger Maßstab für unsere Wirtschaftskraft sei. Bei der 20prozentigen Ausfuhrabgabe, der wir am 11. Mai zugestimmt haben, ist dies selbstverständlich noch in erhöhtem Maße der Fall. Bis zu einem gewissen Grade trifft sogar das Gegenteil zu. Ein starker Export würde bedeuten, daß es uns nicht gelungen ist, unsere wichtigsten Lebensbedürfnisse im eigenen Lande sicherzustellen, und daß wir durch Ausfuhr von Waren die Mengen an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Fabrikaten zu bezahlen, haben, die wir aus dem Auslande heranziehen müssen. Die Ausfuhrabgabe hat eine ganze Reihe schwerer Gefahren im Gefolge, die erst bei einem längerem und näheren Studium der Frage offenbar werden. Vor allem ist es der Gegensatz, der zwischen dem Exporteur und dem Reich entsteht. Der Exporteur gewinnt, das Reich verliert bei der Ausfuhr. Man wende hiergegen nicht ein, daß wir ja doch alle Zinsen und Zinseszinsen für die 132 Milliarden Goldmark Gesamtschuld zahlen müssen und daß es ziemlich gleichgültig sei, ob wir jetzt oder später die Beträge aufbringen. Es ist im dringenden Interesse der deutschen Wirtschaft, daß wir zunächst nicht wesentlich über den Mindestsatz von 3 Goldmilliarden jährlich hinausgehen, ehe nicht die große Amorganisation unserer Wirtschaft und unserer Finanzen vollendet und praktisch wirksam geworden ist. Der Maßstab für unsere Wirtschaftskraft muß aus der eigenen Warenerzeugung gewonnen werden. Hierfür kommt in Betracht: Die Förderung wichtiger Bodenschätze (Kohle, Erze und Kali), die landwirtschaftliche Produktion und die industrielle Erzeugung auf einigen wichtigen Gebieten, wie in der Eisenindustrie, der chemischen Industrie usw. Es wird nicht leicht sein, aus diesen Produktionsdaten Siffern zusammenzustellen, die eine Art Durchschnittswert bilden, und die wirklich das Erkennen unserer Wirtschaft erkennen lassen. Je eher aber mit den Vorbereitungen begonnen wird, desto eher werden wir in der Lage sein, der Reparationskommission — bzw. dem nach dem Londoner Ultimatum zu bildenden Garantiekomitee — Siffern vorzuschlagen, die auch von den Wirtschaftskennern unserer Gläubiger als geeignet erkannt werden.

Seit Ausbruch des Weltkrieges wird in Deutschland vorwiegend Verbraucherpolitik getrieben. Zum Teil war dies dadurch bedingt, daß wir mit den vorhandenen knappen Vorräten haushalten mußten. Zum anderen Teil aber lagen volkswirtschaftliche Gründe vor: unsere Regierenden wollten die Massen bei Stimmuna erhalten. Diese Politik mußte scheitern, als der Krieg sich von Jahr zu Jahr hinzog. Auch in der Nachkriegszeit haben die Leiter des neuen Deutschland die Wirtschaftspolitik auf Volksberuhigung eingestellt. Es ist höchste Zeit, daß mit dieser Praxis gebrochen wird. Die Wirtschaftspolitik darauf einzustellen, daß hohe Gewinne ausgeschossen bleiben, ist verfehlt; dies ist vielmehr Aufgabe der Finanzpolitik. Auf der Suche nach der richtigen Siffer, d. h. dem Maßstabe für unsere steigende Wirtschaftskraft, müssen zwei Extreme vermieden werden: Wir dürfen nicht die Reime der beginnenden Reform dem Verderben aussetzen, andererseits aber nicht bei unseren Gläubigern den Anseh'n erwecken, als erstreben wir durch die vorgeschlagene Siffer eine arglistige Herabsetzung unserer Leistungen. Der Reichswirtschaftsrat ist die geeignete Stelle, dies Problem zu lösen.

## Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Der Kammersteg, den Briand soeben errungen hat, ist solange nicht vollkommen, als der französische Ministerpräsident nicht von seinem britischen Kollegen die englische Zustimmung zu den Plänen Frankreichs mit Oberschlesien erlangt hat. Die mehrfach hinausgeschobene Besprechung mit Lloyd George war nun auf den letzten Tag dieser Woche festgesetzt worden und soll in Boulogne stattfinden. Man darf wohl ohne weiteres annehmen, daß bis zu dieser Zusammenkunft die zu treffende Abmachung in ihren Einzelheiten bereits so gut wie fertiggestellt worden war, denn nicht umsonst ist wiederholt von eifrigen Verhandlungen zwischen den drei Regierungen von London, Paris und Rom so bedeutungsvoll die Rede gewesen. So pflegt es ja auch bekanntlich in der hohen Politik immer zu sein, daß von Ausnahmen wie der letzten Konferenz in London abgesehen, im vertraulichen Meinungsaustausch zum mindesten die großen Linien der beabsichtigten Einigung vorher gefunden werden, und so dürfte denn auch die Entreeue zwischen Briand und Lloyd George nur noch die Aufgabe haben, sozusagen das Tüpfel auf das i und die Unterschriften unter einen fertigen Vertrag zu setzen. Etwas anderes anzunehmen, wäre jedenfalls Kühnheit, abgesehen man eigentlich nach Lage der Dinge auch vermuten könnte, daß die eigentliche Auseinandersetzung zwischen den beiden leitenden Staatsmännern die Entscheidung erst noch bringen soll. Die englische Presse, soweit sie nicht ausgesprochen chauvinistisch ist, wie Times und Daily Mail, erklärt wenigstens nach wie vor, daß der englisch-französische Gegensatz bezüglich der Politik gegenüber Deutschland eines Tages doch ausgeglichen werden müßte, und daß daher jede weitere Verzögerung von Nachteil wäre. Die Ansicht Englands geht aber nach derselben Presse dahin, daß das Interesse Großbritanniens ein möglichst rasches Wiedererstarben Deutschlands erfordere, während nach französischer Auffassung Deutschland auf lange Zeit hinaus nach Möglichkeit zu schwächen sei. Nun ist es von größter Wichtigkeit, daß Briand am Schluß der Kammerdebatte Neuperungen getan hat, aus denen hervorzugehen scheint, daß wieder einmal der französische Standpunkt durchgedrungen ist. Er deutete an, daß England nachgegeben habe, und daß Polen, wenn ihm Oberschlesien zugeteilt würde, nur verpflichtet sein solle, Deutschland die oberschlesischen Rohmaterialien für die nächsten fünfzehn Jahre zu den heutigen Bedingungen zu liefern. Briand spricht dabei von der Aufteilung der reichlichen Mineralgebiete an Polen, ohne sich deutscher auszudrücken. Aber schon das genügt, um in Deutschland das größte Aufsehen und die tiefste Beforgnis zu erwecken. Hat England tatsächlich wieder nachgegeben? Wir können es nicht glauben, daß Lloyd George erneut den Standpunkt radikal gewechselt hätte, und Briand laßt selbst, daß Polen zur Erhaltung der Blüte der oberschlesischen Industrie unfähig sei. Es ist daher doch wohl anzunehmen, daß Briand nur noch einmal auf Lloyd George einen letzten Druck ausüben will, und daß in Boulogne tatsächlich die Vernunft siegen wird.

## Das Vordringen polnischer Banden.

Aus Weuthen wird gemeldet, daß am 23. Mai die Polen versuchten, in Weuthen einzudringen. Sie kamen vor das gerade gegenüber dem Weuthener Hauptbahnhof gelegene deutsche Plebiszitkommissariat und verließen es erst, nachdem die französischen Soldaten mit ihnen Unterhandlungen gepflogen hatten. Zu gleicher Zeit drangen polnische Banden in der Gegend von Karst nach Weuthen vor und gelangten bis an das auf der Hindenburg-Straße gelegene Promenadenrestaurant. Sie überfielen zu gleicher Zeit die im Stadtpark gelegene Wohnung der Polizeibeamten Böhm und Grütz, verunmündeten Böhm durch Bauchschuß und verschleppten Grütz.

### Ein englischer Plan.

Petit Partien glaubt, daß die englische Regierung der Vorkonferenz erneut einen Plan unterbreiten werde, der dahin gehe, den Polen die Gebiete Pleß und Khibnik, den Deutschen die Nord- und Westgebiete zu überlassen und die alliierten Truppen im Zentrum im sritztigen Gebiete zusammenzuziehen. Würden die Besatzungsstruppen verdoppelt, dann könnte man diesen Plan annehmen.

### Ohne jede Autorität.

Am Mittwoch, den 25. Mai nachmittag sind der englische Kreisinspektor von Rosenberga sowie der französische und der italienische Delegierte des Kreisinspektors in Opatowitz eingetroffen. Sie haben Rosenberga endgültig verlassen mit der Bedingung, daß sie ohne jede Autorität seien, um auch nur den geringsten Schutz für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Rosenberga noch auszuüben.

Die englischen Truppen unterwegs nach Oberschlesien. Die Eisenbahntransporte der englischen Truppen haben gestern begonnen und werden bis 1. Juni andauern. Die vier in Frage kommenden Bataillone werden in 10 Zügen, von denen täglich 1 bis 2 ablassen werden, befördert. Die Route geht über Mainz, Wehra, Erfurt, Weizsig und Braukau nach Oberschlesien.

## Kleine politische Meldungen.

Ein Interim mit Dr. Wirth. Auf seiner Rückreise von Süd-Deutschland gewährte Reichsminister Wirth einem Vertreter der Neuen Hamburger Zeitung eine Unterredung. Auf die Rede Briands in der Kammer eingehend, bei der Briand das Kabinett Wirth eingehend erwähnt hatte, fragte der Journalist: Glauben Sie, daß die Staatsmänner der Allierten nunmehr zum Frieden kommen? Der Reichsminister erwiderte: Das glaube ich bestimmt. Die Politik der Sanktionen ist keine Wiedererhebungspolitik, sondern bedeutet weltwirtschaftlich nur einen Hemmschuh für eine gesunde Entwicklung. Ueber den neuen Außenminister äußerte sich der Reichsminister: Dr. Rosen ist ein bewährter Fachmann, dessen klares Urteil im Kriege über die Entwicklung der Weltkrise leider nicht beachtet wurde. Der Reichsminister sagte dann noch, daß ihm von einem politischen Ultimatum, von dem in der französischen Presse die Rede sei, nichts bekannt sei.

Die erste Milliarde. Wie das S. T. hört, ist über die Zahlungswise des Restbetrages von 850 Millionen Goldmark Beschluß gefaßt worden. Gestern gingen 20 Schatzscheine nach Paris ab im Betrage von je 10 Millionen Dollars, deren Gesamtwert rund 850 Millionen Goldmark entspricht. Die Schatzscheine tragen, den Londoner Bedingungen gemäß, das Indossament anerkannter deutscher Banken und sind teils in London, teils in Paris, teils in New York zahlbar. Die Uebergabe dieser Schatzscheine wird wahrscheinlich heute erfolgen. Damit sind die Bedingungen des Artikels 5 des Zahlungsplanes der Reparationskommission in Einhaltung der vorgeschriebenen Frist restlos erfüllt.

Die bayrische Entwaffnung. Nach zuverlässigen Mitteilungen wird die bayrische Entwaffnung am 1. Juni beginnen. Im Ministerium des Inneren sind bereits die gesamten Listen der Waffenbestände der Einwohnerwehren zwecks Uebergabe an den in München eintreffenden Reichskommissar fertiggestellt. Der Landeshauptmann Eicherich hat, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, vor einem Kreise berufener Zeugen feierlich erklärt, daß er sich ohne Einschränkung hinter die Regierung v. Kaizer stelle und ihren Befehlen, wie sie auch lauten mögen, unbedingte Geltung verschaffen werde.

Deutschland bezahlt es. Zwischen England und Deutschland ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach künftig die deutsche Regierung dem deutschen Exporteur den Betrag des Reparationsaufschlages, den die britischen Zollbehörden einziehen, vergütet. Deutschland hat sich verpflichtet, das Abkommen zu veröffentlichen, so daß es Anfang Juni in Kraft treten kann. Wo die Güter von Deutschland durch neutrale Länder nach England kommen, wird die deutsche Regierung die Steuer einziehen, bevor sie Deutschland verlassen.

Deutsche Denkschrift über die Erfüllung des Versailler Vertrages. Im Auswärtigen Amt ist eine Denkschrift ausgearbeitet worden über die Erfüllung des Vertrages von Versailles durch Deutschland bis zum 1. April d. J. Die durch die Annahme des Ultimatums herbeigeführten Veränderungen der Entwaffnung und der Reparationsfrage sind noch nicht berücksichtigt.

Uebernahme der englischen Zone durch Frankreich. Da England die für Oberschlesien erforderliche Verstärkung seiner Rheinarmee entnehmen muß, die nur noch 11 800 Mann beträgt, sind Verhandlungen mit Frankreich eingeleitet worden, welche auf eine Uebernahme eines Teiles der englischen Zone durch französische Truppen hinauslaufen. Frankreich will diese Besatzung stellen, da es in der Düsseldorf-Gegend zurzeit noch 8000 Mann überzählig hat.

Ludendorff über die deutsche Politik. Der Korrespondent der Independance hatte in München ein Gespräch mit Ludendorff. Ludendorff erklärte, daß ihm die Politik, wie sie jetzt geführt werde, verhasst sei, weshalb er sich persönlich fernhalte. Was Deutschland brauche, sei keine Revolution, sondern eine Evolution. Un Sinn wäre, am einen Krieg gegen Frankreich zu denken. Man müsse sich unterwerfen und den Friedensvertrag erfüllen. Das jetzige Deutschland benötige wieder einen Stein und einen Scharnhorst. Erst müsse unter ihnen gearbeitet werden, dann erst könne man an das Neuland denken. Nur ein Zusammenwirken aller Parteien führe zu einer Gesundung führen.

Rein Siebenstundentag im Bergbau. Wie die Postische Zeitung erzählt, hat der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschlossen, im Hinblick auf die durch die Sanktionen und Reparationen für unsere Wirtschaft geschaffene schwierige Lage von der Einführung des Siebenstundentages im Bergbau vorläufig Abstand zu nehmen und die Verhandlungen darüber bis auf weiteres zu vertagen.

Die Einschmelzung deutscher Denkmäler im Elsaß. Aus Straßburg wird gemeldet: Nach einer Anordnung des Zivilgouverneurs werden alle diejenigen Denkmäler aus der Zeit deutscher Herrschaft, die bis Oktober nicht von dritter hergestellter Seite von dem Elsaß zurückgefordert sind, am 30. Oktober beseitigt bzw. der Einschmelzung überwiesen.

Die Ententeschulden in Amerika. Daily Mail erzählt aus Washington, daß die amerikanische Regierung den Entwurf des Präsidenten Harding über die Regelung der Verbandsschulden gebilligt hat. Nach diesem Entwurf sollen die Schuldverschreibungen von dem amerikanischen Schatzamt auf den Markt gebracht werden. Die Finanzleute, welche die Uebernahme durchführen, sollen auch zum Ankauf der deutschen Reparationsschuldverschreibungen ermutigt werden.

Neue Umsturzbewegung in Petersburg. Wie die finnische Korrespondenz aus Reval meldet, bestrebt man den Ausbruch einer neuen Umsturzbewegung in Sowjetrußland. In Petersburg und in Kronstadt haben Straßenkämpfe stattgefunden. Die Sowjetregierung hat über die nördlichen Gouvernements, einschließlich dem Distrikt von Petersburg, den Besatzungszustand verhängt. Dem hat die sofortige Zufuhr großer Getreidemengen und Lebensmittel aus der Ukraine angeordnet, da die Unruhen unmittelbar auf die herrschende Brot- und Lebensmittelnot zurückzuführen werden.

## Sitzungen der städtischen Körperschaften zu Aue.

a. Nach längerer Pause traten gestern die städtischen Kollegien wieder zu zwei einander folgenden Sitzungen zusammen, wobei — und zwar in der Stadt